

Presseinformation

Potsdam, den 28. September 2016

Jan Langehein
Stellv. Pressesprecher

**DIE LINKE. Fraktion im
Landtag Brandenburg**

Alter Markt 1
14467 Potsdam

Telefon: 0331 / 966 15 44
Telefax: 0331 / 966 15 40

Jan.langehein@
linksfraktion-brandenburg.de

Haushaltsrede von Ralf Christoffers

- es gilt das gesprochene Wort -

Frau Präsidentin,
meine Damen und Herren!

Der Haushalt, an dem wir heute zu arbeiten beginnen, wird sehr entscheidend das Bild der Brandenburgerin und Brandenburger prägen, das sie zum Ende dieses Jahrzehnts von ihrem Heimatland haben. Und dieses Bild ist ja keine Fiktion, sondern es hängt maßgeblich davon ab, wie sich die Lebensbedingungen der Menschen im Land verändern, wie sie sich verbessern. Es geht darum, die sozialen Verhältnisse zu stabilisieren, immer mehr Menschen Zugang zu dem zu verschaffen, was die Gesellschaft zu leisten imstande ist, und es geht darum, den Weg in die Zukunft des Landes zu ebnen.

Wir stehen also vor einer großen Verantwortung.

Wir haben gute Voraussetzungen dafür, ihr gerecht zu werden. Brandenburg hat erfolgreiche gute Jahre hinter sich. Das zeigt sich auch in der Entwicklung der Landesfinanzen und der Haushalte. Die Einnahmen des Landes haben sich weitaus erfreulicher entwickelt, als wir zum Beispiel 2009, als DIE LINKE in die Regierung eintrat, erwarten konnten. Die Steuerdeckungsquote hat sich auf 63 Prozent erhöht; fast zwei Drittel unsere Ausgaben werden inzwischen im Land selbst erwirtschaftet. Unsere Landeshaushalte sind konsolidiert, neue Schulden werden nicht mehr aufgenommen. Die Zinsbelastung ist nicht nur dank günstiger Umstände, sondern auch dank einem klugen Management so gering wie nie. Und wir haben erstmals in der Geschichte des Landes Schulden getilgt.

Bei alledem ist es uns auch gelungen, mit den beträchtlichen finanziellen Herausforderungen fertig zu werden, die mit dem Zustrom vieler Schutzsuchender verbunden waren und sind. Bei den Prioritäten, die die Koalition gesetzt hat, gab und gibt es keinerlei Einschränkungen.

Was im vorigen Jahr geschah, was im vorigen Jahr begann, hat uns, hat unser Land in ganz verschiedener Hinsicht aufgerüttelt oder vielleicht auch wach gerüttelt. Für die Koalition wurde deutlich, dass mit bestimmten dringenden Investitionen in die technische und soziale Infrastruktur des Landes nicht län-

ger gewartet werden kann und auch nicht länger gewartet werden muss, weil das Land eben mittlerweile die Kraft hat, die Dinge zu schultern.

Ich erinnere an:

Wir, DIE LINKE, haben im Wahlkampf 2014 für ein Kommunales Investitionsprogramm geworben - jetzt gibt es ein solches Programm.

In für die Menschen im Land zentralen Bereichen haben wir mit den Kräften des Landes Investitionsoffensiven ermöglicht: Wir haben - neben dem Kommunalen Investitionsprogramm - ein Wohnungsbauprogramm und ein, Landesstraßenbauprogramm. An Schulen, Kitas, Straßen, Sportplätzen wird deutlich, dass sich für alle auszahlt, was in Brandenburg geleistet und erarbeitet wurde.

Und dass wir stark genug sind, in diesem Land auch noch den Schutzsuchenden einen guten Platz zu bieten. Mit dem Landesaufnahmegesetz haben wir das deutlich gemacht.

Meine Damen und Herren,

diese Koalition steht für ein Höchstmaß an sozialer Verantwortung für Brandenburg für einen soliden, offenen Weg unseres Landes in die Zukunft. Wenn es noch eines Beweises dafür bedurft hätte - dieser Entwurf für den Doppelhaushalt 2017/18 bietet ihn.

Politische Schwerpunkte sind und bleiben Bildung, Innere Sicherheit und Infrastruktur.

Zur Bildung werde ich noch kommen. Ich will hier nur daran erinnern, weil es sonst leicht untergeht, dass uns - wie vielen in Brandenburg - auch die musische Bildung wichtig ist. Die Musikschulförderung wird jährlich um 2,1 Mio. Euro aufgestockt.

Das Kommunale Investitionsprogramm habe ich bereits erwähnt. Wir führen es fort - und werden dafür Sorge tragen, dass sich der Mittelabfluss verbessert. Für den weiteren Ausbau der Infrastruktur und für die Fortführung des kommunalen Infrastrukturprogramms wird Vorsorge über insgesamt 130 Mio. Euro in den Jahren 2016-2019 geschaffen.

Wir wissen, dass die gesundheitliche Versorgung vielen Brandenburgerinnen und Brandenburgern Sorgen und auch Probleme bereitet. Für das Krankenhausinvestitionsprogramm haben wir daher in der Finanzplanung für den Zeitraum von 2016 bis 2020 insgesamt 430 Millionen Euro eingeplant.

Und wir wissen auch, dass nicht nur Bürgerinnen und Bürger unseres Landes, sondern auch Unternehmen und Einrichtungen in Brandenburg fürchten, mit den aktuellen Entwicklungen nicht Schritt halten zu können, weil ihr Zugang zum Internet zu eng, nicht leistungsfähig genug ist. Für den weiteren Breitbandausbau werden insgesamt 29,2 Mio. Euro, davon 10 Mio. aus Landesmitteln, zur Verfügung gestellt.

Viele Brandenburgerinnen und Brandenburger fühlen sich in ihrer Sicherheit vor Kriminalität eingeschränkt, teils bedroht. Wir bekräftigen, dass wir Brandenburgs öffentliche Sicherheit und den Rechtsstaat stärken werden. Im vorliegenden Etatentwurf ist bei der Polizei vorgesehen, dass dauerhaft 8.200 Beschäftigte im Stellenplan stehen werden - 400 mehr als bislang im Koalitionsvertrag geplant. Insgesamt kommt das allen in Brandenburg lebenden Menschen zugute, Neubürgern wie den schon lange hier Lebenden.

Meine Damen und Herren,

wenn wir über die Zukunftsfähigkeit unseres Landes sprechen, dann geht es nicht nur darum, in welchem Zustand wir Brandenburg den höheren Generationen übergeben. Sondern es geht vor allem darum, wie wir jene unter uns ausstatten, die noch viele Jahrzehnte in diesem Land leben und für es tätig sein werden. Auf den Anfang kommt es an - das ist genau der richtige Ansatz in der Bildungspoli-

tik, die immer wichtiger wird und die nun auch mal eine Kernkompetenz eines Bundeslandes darstellt. Meine Fraktion hat darauf stets höchsten Wert gelegt.

Umso mehr sind wir stolz auf das, was dieser Haushaltsentwurf für den Bereich Kita bietet und worauf wir uns mit unseren Koalitionspartner weiterhin haben verständigen können.

Mit dem Doppelhaushalt werden wir die Ausgaben für die Kindertagesbetreuung auf das Zweieinhalbfache des Standes von 2009 anheben. Im Vergleich zu den Ausgaben des letzten Jahres (2015) werden sie in den Jahren 2016 bis 2018 um zusammen 317 Mio Euro ansteigen. Dieser Aufwuchs, der sich auch nach 2018 fortsetzen soll, wird vor allem vom Land gestemmt - das vom Bund bis 2018 übertragene "Betreuungsgeld" deckt nur einen geringen Teil dieser Aufwendungen ab.

Zugleich statten wir die Schulen im Lande personell weiter besser aus. Wir werden 2018 über 2000 Lehrer mehr im Schuldienst haben als 2009 - und das bei kaum ansteigenden Schülerzahlen. Ich habe durchaus Verständnis für die Gewerkschaften, aus deren Sicht es bei Verbesserungen zugunsten der Beschäftigten keinen Stillstand geben darf. Diese Position teilen wir ja - und wir müssen uns bei weitem nicht vorwerfen lassen, nicht entsprechend zu handeln. Aber ein blindes "Immer mehr, mehr mehr!" kann für niemanden die Richtschnur sein - auch nicht für Gewerkschaften, die mit ihren Verhandlungspositionen ernst genommen werden wollen. Seitens des Landes können wir schon erwarten, dass zunächst mal eines zur Kenntnis genommen wird: Während von 2001 bis 2008 1300 neue Lehrkräfte eingestellt wurden, sind es seit dem Start von Rot-Rot im Jahr 2009 bereits mehr als 6000. Und, wie gesagt, die Zahl wird weiter steigen. Das ist Ergebnis einer klaren politischen Absicht und Schwerpunktsetzung unsererseits - und es bedeutet auch, dass andere Bereiche leider nicht auf solche Zuwächse hoffen können, obwohl sie auch dort sehr gut tun würden.

Aber dennoch werden auch die Ausgaben für die Hochschulen überproportional anwachsen - auf etwa das Anderthalbfache des Standes von 2009. In diesem Zusammenhang kommen wir auch einer Forderung nach und übergeben die Verfügung über das Personal an die Hochschulen und Unis. Das wird die Handlungsmöglichkeiten der Hochschulen verbessern, Lehre und Forschung stabilisieren und, das erwarten wir, die Position der Beschäftigten stabilisieren.

Meine Damen und Herren,

das ist unsere Ausgangsposition, von der aus wir das "Königsrecht" des Parlaments, die Beschlussfassung über den Haushalt, angehen. Sie eröffnet vielerlei Spielräume für eine bestmögliche Verwendung der Mittel. Unsere Fraktionen werden sie nach Kräften nutzen.

In der Koalition haben wir vereinbart, insbesondere für die Jüngsten weitere Verbesserungen vorzunehmen. Unser Kita-Paket 2017/18 umfasst:

- Die Verbesserung des Betreuungsschlüssels in den Kita auf 1 zu 11 und damit weitere Qualitätsverbesserungen für die Drei- bis Sechsjährigen.
- Ab September 2017 werden für den Personalbedarf der Kietz-Kita ca. 1,5 Mio € bereitgestellt und ab September 2018 ca. 5 Mio €. Für das Jahr 2019 wird eine VE von 5 Mio eingestellt. Diese Mittel werden zusätzlich bereitgestellt. In einem Haushaltsvermerk wird darauf verwiesen, dass hier auch Restmittel der Hauptgruppe IV zur Deckung herangezogen werden können. Das ist keine GMA und geht nicht zu Lasten anderer Politikfelder des MBJS.
- Für die Leitungsfreistellung von Kita-Leiterinnen werden ab September 2017 ca. 2 Mio, für 2018 8 Mio und für 2019 eine VE von 8 Mio eingestellt.
- Für den angestrebten Einstieg in die Beitragsentlastung von Eltern wird ab September 2018 ein Finanzvolumen in Höhe von ca. 4,5 Mio und ab 2019 eine VE von ca. 15 Mio eingestellt.
- Im Kommunalen Investitionsprogramm wird in den Erläuterungen ein weiterer Schwerpunkt in Höhe von 10 Mio Euro Kita aufgenommen - beginnend ab 1.1.2018 und für 2019 fortgesetzt.
- Im 2. Halbjahr 2017 werden wir für das Gesamtprogramm zur Verbesserung der frühkindlichen Bildung und Erziehung vor dem Hintergrund der sich abzeichnenden finanzpoliti-

schen Situation Festlegungen über Möglichkeiten einer weiteren Ausgestaltung zu treffen.

Meine Damen und Herren,

soziale Verantwortung zu übernehmen bedeutet leider nicht nur, nach eigenen Maßgaben gestalten zu können. Soziale Verantwortung zu übernehmen, hat das heißt auch, für Fehler gerade zu stehen, die absehbar waren, die trotzdem gemacht wurden und die ernste Folgen für Menschen im Land haben können. Deswegen setzt solide Haushaltspolitik auch voraus, für solche nicht immer absehbaren Fälle Vorsorge zu treffen.

Bereich Wasser und Abwasser in hat sich im Laufe des letzten Jahres eine solche Situation ergeben. Das Land ist bei weitem nicht für alle Probleme verantwortlich, die hier entstanden sind. Und nicht alle Zweckverbände haben die Probleme, die bei einigen so schwierig geworden sind.

Die Landesregierung hat jetzt eine Lösung für die Bewältigung der Konsequenzen aus der Abwasser-Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom November 2015 gefunden und wird sie dem Landtag zur Entscheidung im Rahmen der Haushaltsberatungen für 2017/18 unterbreiten. Das BVerfG hatte damit die rückwirkende Festsetzung von Kanalanschlussbeiträgen aufgehoben, wie sie im Land Brandenburg auf der Basis der Gesetzgebung von 2004 möglich war.

Damit hatte sich die damalige Position der LINKEN bzw. der PDS bestätigt, die allerdings ab 2009 in der Koalition in Anbetracht der hohen finanziellen Belastungen insbesondere für betroffene Zweckverbände politisch nicht durchsetzbar war.

Nach der Gerichtsentscheidung hatte sich die Linksfraktion im Landtag Brandenburg deutlich dafür eingesetzt, seitens des Landes im Interesse der Bürgerinnen und Bürger jenen Zweckverbänden, die durch die Konsequenzen des Urteils objektiv überfordert wären und in eine erhebliche wirtschaftliche Schiefelage zu geraten drohen, zügig unter die Arme zu greifen. Leider gelang dies nicht - wie von uns geplant - noch vor dem Sommer 2016.

Nun jedoch liegt eine Lösung vor. Sie beinhaltet folgendes:

- Die Landesregierung entlastet die Kommunen und Aufgabenträger bei der Umsetzung der Konsequenzen aus der Abwasser-Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom November 2015 mit einem Hilfspaket im Volumen von insgesamt 250 Millionen Euro.
 - 200 Mio Euro davon sollen als zinslose Darlehen zur Deckung der durch Beitragsrückzahlungen entstehenden möglichen Finanzierungslücken bereitgestellt werden.
 - Weitere 50 Mio Euro entlasten betroffene Zweckverbände bei der Refinanzierung der Zinsen des Darlehensprogramms und bei den entstehenden zusätzlichen Verwaltungskosten. Letztere dürfen aus rechtlichen Gründen nicht auf Abwassergebühren umgelegt werden.
 - Zweckverbände und Gemeinden, die aus wirtschaftlichen Gründen das Darlehensprogramm nicht nutzen können, erhalten finanzielle Unterstützung aus dem Landeshaushalt.
- Die Unterstützung des Landes wird für solche Finanzierungslücken gewährt, die durch Beitragsrückzahlungen im Zusammenhang mit noch nicht bestandskräftigen Bescheiden und Bescheiden, auf die noch nicht vollständig gezahlt wurde (Ratenzahlungen, Stundung), stehen. Unabhängig davon haben die Zweckverbände die Möglichkeit, weitergehende Rückzahlungen vorzunehmen – etwa auch im Fall bestandskräftiger Bescheide –, sofern dadurch ihre wirtschaftliche Stabilität nicht gefährdet wird.
- Die finanzielle Unterstützung des Landes an die Auflage gebunden, effizientere Strukturen in der Wasserwirtschaft schaffen. Die in Aussicht gestellten finanziellen Mittel sollen im Doppelhaushalt 2017/2018 verankert werden.
- Die bereitgestellten Mittel sollen aus einer Hand über die Investitionsbank des Landes Brandenburg (ILB) abgewickelt werden.
- Die Festlegungen werden im Zuge der jetzt beginnenden Haushaltsberatungen für 2017/18 in

den Etat-Entwurf eingearbeitet. Dabei wird gegenseitige Deckungsfähigkeit für die Quellen angestrebt.

Meine Damen und Herren,

wir werden unsere Projekte zur Betreuung, Unterbringung und Integration von Geflüchteten weiter mit ganzer Kraft fortsetzen. 1,2 Mio. Euro setzen wir für Projekte zusätzlich ein, die in diesem Jahr begonnen wurden und in den kommenden Jahren weiter verfestigt werden. Integrationsanstrengungen werden über viele Jahre hinweg notwendig sein. Dazu gehört die mobile Heimberatung, die den Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern in den Kommunen unterstützend mit Beratung und Fortbildungsangeboten zur Verfügung stehen wird. Dazu gehört aber auch die Koordinierungsstelle für von Gewalt betroffene Frauen. Wir ducken uns bei Problemen, die bei Geflüchteten auftreten, nicht weg, sondern bieten Beratung und Schutz an.

Wir wissen, dass es Brandenburgerinnen und Brandenburger gibt, die zweifeln, ob die Integration der Flüchtlinge gelingt. Mit unseren Projekten zur Betreuung, Unterbringung und Integration von Geflüchteten arbeiten wir entschlossen daran, dass diese Menschen ihren Lebensunterhalt selbst bestreiten. Klar ist, dass dies nicht ohne Probleme gehen wird. Doch ich bin sicher, dass viele der Ankommenden uns helfen werden, die fehlenden Arbeitskräfte in allen Berufen zu ersetzen und auch unser Zusammenleben zu bereichern. Damit dies gelingt, haben wir 1,2 Mio. Euro im Haushalt der nächsten Jahre bereitgestellt.

Meine Damen und Herren,

natürlich bleiben die Aufnahme und die Integration der Flüchtlinge eine zentrale Herausforderung auch des vorliegenden Haushaltsplanentwurfes. Das Land rechnet auf der Basis der bisherigen Zusagen mit Bundeshilfen von lediglich 175,9 Millionen beziehungsweise 164 Millionen Euro in den Jahren 2017 und 2018. Dem stehen geplante Ausgaben in Höhe von 575,3 Millionen Euro beziehungsweise 479,7 Millionen Euro gegenüber. Die Zahlen zeigen, dass die Bundesbeteiligung an den Kosten der Länder und Kommunen zur Unterbringung und Integration der Flüchtlinge bei 30,6 bzw. 34,2 Prozent verharrt und damit weiterhin völlig ungenügend ist.

Wir müssen und wir werden das ausgleichen. Denn eines ist klar: Ein gutes Zusammenleben aller Menschen in Brandenburg - ohne Ausgrenzung, ohne Ghettoisierung von wem auch immer - ist im Interesse aller. Nur so kann es in unserem Land gedeihlich und dynamisch voran gehen.

Meine Damen und Herren,

die Wahlen vor allem des laufenden Jahres haben eines gezeigt: Obwohl es in Deutschland eine äußerst stabile wirtschaftliche Entwicklung gibt, obwohl die Arbeitslosenzahlen sinken - obwohl also vieles vordergründig gut läuft, nimmt das Unbehagen, nimmt auch der Zorn darüber zu, dass viele Menschen von diesen Fortschritten ausgeschlossen sind, dass sie trotz aller Leistungskraft abgehängt werden. Das ist nicht irgendein diffuses Gefühl, das wir den Bürgerinnen und Bürgern ausreden müssten oder auch nur könnten. Die zunehmende Polarisierung zwischen Arm und Reich in Deutschland ist eine Tatsache. Tatsachen sind auch die zunehmende regionale Differenzierung zwischen Leistungszentren einerseits und ihrer sog. Peripherie - auch in Ostdeutschland, die zunehmende regionale Differenzierung zwischen Nord und Süd und die weiter starke Diskrepanz zwischen Ost und West.

Meine Fraktion hat daher immer großen Wert auf das Verfassungsgebot gleichwertiger Lebensverhältnisse gelegt. Deswegen war es uns auch bei diesem Haushalt so wichtig, dass er von einem Leitprinzip durchzogen wird: Gut finanzierte Politik für alle, die in Brandenburg leben.

Was wir erreichen müssen, meine Damen und Herren, Wachstumspotenziale auch auf die Teile des Landes wirken zu lassen, die wir als eher strukturschwach ansehen. Wir müssen erreichen, dass auch dort eigenständige Wachstumspotenziale entstehen. Dafür gibt dieser Haushaltsentwurf gute Möglichkeiten. Aber Haushalt und Haushaltsdebatte sind dann eben doch nicht alles. Ebenso ernst müs-

sen wir das Landesentwicklungsprogramm nehmen und mitgestalten. Ebenso ernst und frei von Parolen müssen wir an die Verwaltungsstruktur-Reform herangehen.

Meine Damen und Herren,

wir sehen wir mit Zuversicht auf die nächsten Jahre. Eine gute Entwicklung ist möglich, wo wirtschaftliche Leistungskraft, bürgerschaftliches Engagement und politisches Geschick zusammen kommen.

Das ist Grund zur Freude wie große politische Aufgabe gleichermaßen.

Wir freuen uns, dass das Armutsrisiko in Brandenburg mittlerweile deutlich unter dem bundesweiten Durchschnitt liegt. Es beträgt 13,9 Prozent, teilte das Statistische Bundesamt letzte Woche mit, fast zwei Prozent unter dem Bundesdurchschnitt.

Aber:

Im Vergleich zum Vorjahr ist das Armutsrisiko bei uns um ein paar Zehntel gestiegen. Also Vorsicht - der Kampf ist noch lange nicht gewonnen.

Das sieht man vor allem beim Blick auf die Alleinerziehenden mit Kindern. Ihr Armutsrisiko ist in den vergangenen Jahren kontinuierlich auf mittlerweile rund 44 Prozent gestiegen.

Das mahnt uns alle zu kräftigen Anstrengungen, meine Damen und Herren. Dazu gehören solide und soziale Haushalte wie dieser, die ihren Schwerpunkt auf soziale Politik als Politik für Kinder legen. Und es braucht eben jenes Zusammenwirken von wirtschaftlicher Leistungskraft und Innovation, von Gemeinsinn und bürgerschaftlichem Engagement und von politischem Geschick in Land und Bund. Wir in Brandenburg - wir können das. Packen wir es an.